

„Fächer nicht uferlos weiterführen“

Universität. **Rektorenchef** Heinrich Schmidinger überlegt, Studienrichtungen zu streichen. Kooperationen mit der Wirtschaft würde er offenlegen. Die Fachhochschulen lässt er abblitzen.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

Die Presse: Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) hat gefordert, dass sich die Unis stärker gesellschaftspolitisch positionieren und sich etwa beim Thema Flüchtlinge engagieren. Waren Sie da überrascht?

Heinrich Schmidinger: Ein bisschen schon. Alle Unis haben bereits vor gut einem Monat eine gemeinsame Initiative gestartet, bei der jede Uni gesagt hat, was sie unternehmen kann.

Was machen Sie denn?

Es werden Sprachkurse angeboten, aber auch Programme an Sportinstituten. Einige Universitäten überlegen, Flüchtlinge als außerordentliche Studierende aufzunehmen.

Weiß der Minister einfach nicht Bescheid, was die Unis machen?

Ich glaube, er stand vor allem unter dem Eindruck des Forums, wo ja auch der US-Ökonom Jeffrey Sachs von den Unis mehr Problemlösungen gefordert hat.

Sie fühlen sich also nicht ungerrecht behandelt.

Nein. Natürlich können wir immer mehr tun, so wie alle immer mehr tun könnten. Aber ich würde sagen, jetzt, in dem konkreten Fall der Flüchtlingsfrage, haben wir durchaus einiges geleistet.

70 JAHRE FORUM ALPBACH

19. 8. – 4. 9.

DiePresse.com/alpbach



Medienpartner „Die Presse“

Was die Debatte über den geringen Stellenwert der Hochschulpolitik angeht, hat der Wissenschaftsminister gestern die Uni-Autonomie bemüht. Macht er es sich da nicht ziemlich einfach?

Beide sind gefordert. Die Autonomie funktioniert auch nicht, wenn das Ministerium nicht mittut.

Sind Sie auch schuld, dass das Thema untergegangen ist?

Man kann es immer besser machen. Aber wir haben uns in den letzten Jahren sehr wohl um die Öffentlichkeit bemüht. Wir sind damit sicher nicht weit genug gekommen – sonst wäre die Resonanz da. In der realen politischen Szene kommen wir jedenfalls zu wenig vor – weil vielen Politikern die Bedeutung der Unis nicht bewusst ist.

Sie haben zuletzt gesagt: Wenn das Geld so knapp ist, muss man notfalls Fächer einstellen. Ist das mehr als eine bloße Drohung?

Es gibt Unis, die das ganz konkret überlegen – auch wir in Salzburg. Dass man Studienrichtungen, die nicht nachgefragt sind, in einer Zeit, in der die Mittel sehr begrenzt sind, nicht uferlos weiterführen kann, liegt auf der Hand. Ich werde jetzt aber keine Fächer nennen.



Die Unis leisten in der Flüchtlingsfrage einiges, sagt Rektorenchef Heinrich Schmidinger.

[Robboth]

Was passiert mit den Lehrenden?

Man muss ja nicht gleich eine Einrichtung schließen. Man kann zum Beispiel ein Fach mit zu geringer Nachfrage in ein Forschungsinstitut umwandeln.

In Alpbach wurde gerade über gekaufte Wissenschaft diskutiert. Können Sie ausschließen, dass es das an Ihrer Uni gibt?

Absolut ausschließen kann man so etwas nie. Aber die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering, weil es an den allermeisten Unis ein sehr hohes Bewusstsein dafür gibt, was geht und was nicht. Zum anderen geht es um Transparenz.

Wenn Transparency International die nun angekündigte Plattform startet, auf der ersichtlich sein soll, welche Unis Geld von welchen Firmen bekommen – geben Sie die Infos heraus?

Ich sehe da kein Problem. Ich würde meinen Kollegen raten, diesbezüglich offen zu sein.

Zur Ungleichheit, dem Hauptthema des Forums: Was muss die

Politik tun, um Ungleichheiten beim Uni-Zugang zu verringern?

Da muss viel früher angesetzt werden: im Kindergarten, in den Schulen. Die Frage betrifft ja das Bildungssystem als Ganzes.

Was können Sie machen?

Eine zentrale Aufgabe der Unis ist, Probleme sichtbar zu machen. Es ist schon viel, wenn sie nachweisen, dass zur Lösung von Problemen im Bildungsbereich im Kindergarten anzusetzen ist.

Was sollen die Unis konkret tun?

Ich halte viel von der Studiengangs- und Orientierungsphase. Da geht es auch darum, dass man

den Studierenden gerade dann, wenn sie sich mit der Orientierung schwertun, Hilfestellung leistet.

Manchen Professoren ist das einfach zu mühsam.

Dieses Anliegen muss in manchen Köpfen noch verankert werden.

Die FH fordern, dass die Unis ihre Dokorate akkreditieren lassen sollen. Sind Sie dafür offen?

Hier geht es um die Frage von Qualität. Qualität im Doktoratsstudium stellt man nicht durch eine singuläre Akkreditierung ein. Sie wird durch Studien- und Forschungsbetrieb sichergestellt. Diesbezüglich sind die Unis wesentlich besser aufgestellt als die FH. Deshalb halte ich es auch für richtig, dass das Doktorat an den Unis bleibt. Das ist kein Ständesdünkel.

Das klingt wie: Die Unis haben externe Prüfung nicht nötig.

Seit es Unis gibt, bieten sie Dokorate an. Sie tun viel, um die Qualität zu prüfen und zu garantieren. Ich verstehe nicht, warum sie auf andere Verfahren umsteigen sollen.

ZUR PERSON

Heinrich Schmidinger (61) ist seit dem Jahr 2001 Rektor der Uni Salzburg. Seit 2011 ist der Theologe Präsident der **Universitätenkonferenz**. Dieses Amt gibt er Ende des Jahres ab. Ein Grund: dass man in diesem Amt nur dann etwas bewirken könne, wenn Universitäten und Forschung mehr als eine nebensache geordnete Rolle hätten.

Drittmittel werden immer wichtiger

Finanzierung. Transparency International startet Plattform über Kooperationen.

Alpbach. Drittmittel für Forschung und Entwicklung – also Gelder, die nicht aus dem jeweiligen Budget der Institution finanziert werden, sondern etwa über Forschungsförderer, die Europäische Union oder die Wirtschaft – sind von zunehmender Bedeutung für die Hochschulen. An den Unis kommt bereits ein Sechstel der Umsatzerlöse aus Drittmitteln. Die Drittmittel-erlöse sind laut dem aktuellen Forschungs- und Technologiebericht zwischen 2007 und 2013 um 47,1 Prozent auf 597,5 Millionen

Euro gestiegen. Jeder fünfte Uni-Beschäftigte ist über Drittmittel angestellt. Auch die Fachhochschulen verweisen auf steigende Drittmittel-einnahmen, sie messen den Anteil an ihren Gesamtausgaben für Forschung. 25 Prozent dieser Ausgaben stammten demnach aus solchen Quellen.

Der Großteil der Drittmittel der Unis kommt von der öffentlichen Hand – etwa dem FWF, dem Bund oder der EU. Der Anteil der Wirtschaft beträgt rund ein Viertel. An den Fachhochschulen kommen

13 Prozent der Forschungsausgaben von der Wirtschaft.

Über die Gefahren der zunehmenden Finanzierung der Forschung durch die Wirtschaft diskutierten Experten gestern beim Forum Alpbach. Bald sollen zu diesem Thema mehr Informationen zugänglich sein: Transparency International will in Österreich eine Online-Plattform starten, die analog zu Hochschulwatch.de auflistet, welche Hochschulen von welchen Unternehmen wie viel Geld bekommen. (APA/beba)

Pühringer-ÖVP: Pflegegarantie und Jobs

Landeshauptmann legt sich nicht auf Wahlziel fest.

Linz. Das Wort Asyl kam erst nach fast einer halben Stunde das erste Mal vor. Bei der Präsentation ihres zehn Punkte umfassenden „Oberösterreich-Plans“ sparte die ÖVP mit Landeshauptmann Josef Pühringer bewusst das Flüchtlingsthema, das seit Monaten ohnehin alles überlagert und von dem die FPÖ profitiert, aus. Das 50-Seiten-Papier beinhaltet aber schon bekannte Positionen wie strengere Strafen für Schlepper und eine Eu-Flüchtlingsquote.

Besonders sticht hervor: Pühringers ÖVP gibt eine „Pflegegarantie“ gegenüber den Oberösterreichern ab. Es soll nicht nur leistbare Pflege für alle geben, auch mehr Mittel vom Bund zur Pflegefinanzierung, sondern auch eine Attraktivierung des Pflegeberufs, um genug Junge für diese Arbeit zu bekommen.

Der schwarze OÖ-Plan setzt einen zweiten Schwerpunkt bei mehr Mitteln für Arbeit und Wirtschaftsstandort. 256 Millionen Euro wurden schon für heuer extra in die Beschäftigung gepumpt. 500 Millionen Euro an Investitionen sollen bis 2016 lockergemacht werden.

Auf ein exaktes Wahlziel legte sich Pühringer angesichts drohender Verluste nicht fest: „Beim Pferderennen wettet auch nicht das Pferd.“ Die ÖVP will aber stärkste Kraft im Land bleiben, was nach Umfragen sicher scheint. (ett)

NACHRICHTEN

Beamte: Auch Khol für Pensionsmonitoring

Im Zuge der Debatte um Lehrerfrührenten unterstützt ÖVP-Seniorenbund-Chef Andreas Khol den Plan von SPÖ-Staatssekretärin Sonja Steßl. Steßl hat gegenüber der „Presse“ erklärt, dass per Gesetz ein Monitoring für Beamtenpensionen kommen soll, das verschärft überwacht, welche Beamten warum in Pension gehen. Khol will ab 2016 ein solches Monitoring, das für ASVG-Versicherte und für Beamte die selben Kriterien vorsieht.

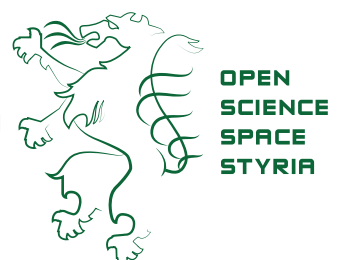
9000 Euro Strafe für neue Schnell-Partei

Die neue Partei des ehemaligen Salzburger FPÖ-Landeschefs Karl Schnell soll laut ORF Salzburg 9000 Euro Strafe zahlen. Die Partei hat sich einer von der FPÖ erzwungenen einstweiligen Verfügung widersetzt und ist unter der Domain www.freiheitlich.at aufgetreten. Schnell will die Strafe anfechten.

Wir Steirer kooperieren, um bei der Forschung die Nummer 1 zu sein.

Erleben Sie das innovativste Bundesland Österreichs – gemessen an der Forschungsquote – bei den Alpbacher Technologiesgesprächen.

**INNOVATION
DURCH
KOOPERATION**



www.innoregio.at